



Grundrechte in der Praxis – von Hamburg bis Berlin

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des FIF,

es ist überhaupt keine Frage: Die Ausschreitungen, die sich – den Medienberichten zufolge – während des G20-Gipfels im Hamburger Schanzenviertel ereigneten, sind nicht hinnehmbar. Das gilt unabhängig von ihrem tatsächlichen Umfang. Auch wenn in der Berichterstattung in endloser Folge immer wieder dieselben brennenden Autos gezeigt werden, so oft, bis der Eindruck entsteht, ganz Hamburg habe lichterloh in Flammen gestanden, und es dadurch schwer ist, das wirkliche Ausmaß zu beurteilen. Auch über die letztendlichen Verursacher:innen der Krawalle sollten wir nicht vorschnell urteilen. Aber unabhängig davon ist klar: Gewalt ist kein Mittel der Politik und darf es auch nicht sein.

Doch auch das Verhalten der Polizei in Hamburg lässt Fragen offen. Zu einer Art Ikone wurde inzwischen das Bild einer jungen Frau, die, auf einem gepanzerten Fahrzeug stehend, von mehreren Polizisten mit „Pfefferspray“ angesprüht wird, einem Kampfstoff, der nach Genfer Konvention für den Einsatz in militärischen Konflikten verboten ist. Welche konkrete Gefahr war der Anlass für so einen massiven Angriff?

Leider wehrt sich der rot-grüne (!) Senat der Stadt Hamburg dagegen, die Ereignisse während des Gipfels in einem Untersuchungsausschuss angemessen aufzuarbeiten. Ein „Sonderausschuss“, mit weit weniger Rechten ausgestattet, soll nun gebildet werden. Man kann auf die Ergebnisse gespannt sein. Die Humanistische Union hat in einem offenen Brief erneut einen Untersuchungsausschuss gefordert und einen Fragenkatalog dazu formuliert.¹

Nachdem der Erste Bürgermeister der Stadt Hamburg kurzerhand bestritten hat, dass es überhaupt irgendeine Form von Gewalt von Polizeibeamten gegeben habe – angesichts von rund 100 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte, häufig wegen Körperverletzung im Amt, eine zumindest überraschende Aussage – konzentrierten sich Berichte außerhalb der Filterbubble bürgerrechtlicher Vereinigungen zunächst auf die Ausschreitungen im Schanzenviertel. Kritische Stimmen hatten es schwer – wir erinnern uns an Wolfgang Bosbach, der die Talkshow *Menschen bei Maischberger* nach Kritik von Jutta Ditfurth theatralisch verließ – was ihm das Hashtag *#BosbachLeavingThings* und ein paar witzige Tweets eintrug.

Weniger lustig ist der erneute Versuch, kritische Politik zu diskreditieren und die Aktivisten in die Nähe von rechten Mördern zu rücken. Das passiert in einer Zeit, in der ein Gerichtsverfahren in München auf die Zielgerade einbiegt, in dem über zehn Morde der sich selbst *nationalsozialistisch* nennenden Organisation NSU verhandelt wird, die offensichtlich über Jahre durch die Behörden nicht verhindert werden konnten. Solche Versuche erinnern wirklich an die Weimarer Republik, in der rechte Gewalt verharmlost wurde, mit den bekannten Folgen. Wer einmal auch nur das Vorwort eines Geschichtsbuchs gelesen hat, sollte sich dessen bewusst sein.

Später waren aber auch in konservativen Blättern nachdenkliche Berichte zu lesen. Ein unerwartet unvergessliches Wochenende erlebten wohl einige Aktivisten von der SPD und den Grünen *nahestehenden* Jugendorganisationen, die unmittelbar mit den Folgen der von diesen beiden Parteien verantworteten Innenpolitik in Hamburg konfrontiert waren, als sie bereits bei der Anreise ohne ersichtlichen Grund in Gewahrsam genommen wurden. Die teilweise unappetitlichen Details, über die die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete², spare ich mir hier. In der *Welt*³ – auch nicht gerade ein Kampfblatt der *Antifa* – ist die Geschichte eines 18-jährigen Italieners zu lesen, der zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Kommentars immer noch in Untersuchungshaft sitzt und dem bereits eine „empfindliche Freiheitsstrafe“ avisiert wurde – nach dem Bericht der *Welt*, ohne dass er bis dahin angehört wurde, die Hauptverhandlung gegen ihn eröffnet oder wenigstens ein konkreter Tatvorwurf erhoben wurde. Stattdessen werde über „schädliche Neigungen“ und „erhebliche Anlage- und Erziehungsmängel ...“, die ohne längere Gesamterziehung des Täters die Gefahr weiterer Straftaten begründen“, spekuliert.

Zuletzt ein Wort zur Einsatzleitung: Damit beauftragt wurde ein Mann, für dessen von ihm verantworteten Einsätze offenbar bereits mehrfach von Gerichten die Rechtswidrigkeit festgestellt wurde⁴. Ein Rechtsstaat, der solche wiederholte Rechtswidrigkeit nicht verhindern kann, ist bei der Verteidigung der Bürgerrechte zahnlos.

Ergebnisse hatte der Gipfel übrigens auch. Aus einem Pressestatement der Bundeskanzlerin⁵: „Hier werden die Mitgliedstaaten der G20 mit den Anbietern der Plattformen sehr intensiv sprechen und deutlich machen, dass wir das schnelle Löschen von terroristischen Informationen erwarten.“ Bei G20-Mitgliedern wie Brasilien (Rang 103 auf der Rangliste der Pressefreiheit), Indonesien (124), Indien (136), Mexiko (147), Russland (148), Türkei (155), Saudi-Arabien (168) und China (176)⁶ darf man auf die Ergebnisse dieser „Gespräche“ wohl besonders gespannt sein.

Am Berliner Bahnhof Südkreuz begann in diesen Tagen ein Versuch zur Videoüberwachung mit automatisierter Gesichtserkennung. Was davon zu halten ist, kann in unserer Pressemitteilung ab Seite 10 nachgelesen werden; unser Vorstandsmitglied Benjamin Kees hatte in den vergangenen Tagen bereits mehrfach die Gelegenheit, seine Kompetenz und die des FIF in den Medien unter Beweis zu stellen und unsere Position deutlich zu machen. Schon an der Validität des Versuchs bestehen erhebliche Zweifel, von dem weiteren Ausbau der Überwachung überhaupt nicht zu reden.

Wir beobachten regelmäßig, dass bürgerrechtliche Forderungen – sei es in der Online- oder in der Offline-Welt – in der institu-

tionalisierten Politik nicht die Berücksichtigung finden, die ihrer Bedeutung entspricht. Ein Grund dafür mag sein, dass solche Themen in der Regel keinen nennenswerten Einfluss auf die Ergebnisse von Wahlen haben. Doch auf eine Idee ist nicht einmal der in dem Zusammenhang bereits arg strapazierte George Orwell gekommen: Dass Menschen für ein Butterbrot bereit sind, an ihrer eigenen Überwachung mitzuwirken. 300 Personen fanden sich offenbar, die gegen einen Amazon-Gutschein im Wert von 25 € den Versuch am Bahnhof Südkreuz tatkräftig unterstützen wollten – ist das der Wert, den wir unseren Grundrechten heute beimessen?⁷

Das fragt mit Besorgnis und Fiffigen Grüßen

Stefan Hügel

Anmerkungen

- 1 http://www.humanistische-union.de/nc/aktuelles/aktuelles_detail/back/aktuelles/article/g20-aufklaeren-statt-aussitzen/
- 2 <http://www.faz.net/aktuell/politik/g-20-demonstranten-erheben-vorwurfe-gegen-polizei-15127924.html>
- 3 <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article167543211/Muss-Fabio-V-wegen-Erziehungsmaengeln-ins-Gefaengnis.html>
- 4 <http://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/g20-einsatzleiter-hartmut-dudde-der-mann-fuers-grobe/20035074.html>
- 5 <https://netzpolitik.org/2017/die-inhalte-des-g20-gipfels-handel-und-wettbewerb-ueberwachung-und-zensur/>
- 6 ebd.
- 7 *Freilich können die Testpersonen diesen „Wert“ noch erhöhen, wenn sie sich kooperativ zeigen und möglichst häufig erkannt werden. Was das wiederum für die Validität der Testergebnisse bedeutet, mag sich jede.r selbst überlegen.*



Betrifft: Cyberpeace

Protest gegen Undersea Defence Technology

Wie in den vergangenen Jahren regelmäßig, soll auch in dieser Ausgabe der Fiff-Kommunikation auf Aktivitäten in der Cyberpeace-Kampagne eingegangen werden.

Der erste Beitrag von Birgit und Michael Ahlmann sowie von Hans-Jörg Kreowski berichtet kurz über eine Kundgebung am 30. Mai 2017 in Bremen, mit der gegen die Undersea-Defence-Technology-Messe und -Konferenz protestiert und demonstriert wurde. Der zweite Beitrag von Ekkehard Lentz ist ein Nachtrag zum Schwerpunkt Cyberpeace-Forum aus der letzten Fiff-Kommunikation.

Birgit Ahlmann, Michael Ahlmann, Hans-Jörg Kreowski

Undersea Defence Technology (UDT) – Waffen, die die Welt nicht braucht

Unter diesem Motto fand am 30. Mai 2017 zwischen Hauptbahnhof und den Bremer Messehallen eine Protestkundgebung gegen die Messe und Konferenz Undersea Defence Technology (UDT) für den Unterwasserkrieg. Andere vergleichbare Messen sind in 2017 die iMDEX Asia. Die dreitägige Veranstaltung fand zum 30. Mai statt. An der UDT nahmen unter anderem die Rüstungsfirmen wie ATLAS ELEKTRONIK, Babcock, BAE Systems, Boeing, Lockheed Martin, Raytheon, QinetiQ, Rheinmetall Defence, SAAB, Siemens, Thales und thyssenkrupp Marine Systems teil. Die UDT bietet in Bremen ihre todbringende Technik an. Eröffnet wurde die Messe vom Inspekteur der Deutschen Marine, Vizeadmiral Andreas Krause.

erschieden in der Fiff-Kommunikation,
herausgegeben von Fiff e. V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

Die UDT wird als Verteidigungs- und Sicherheitsmesse dargestellt. Doch der Begriff „Verteidigung“ in diesem Zusammenhang ist höchst fragwürdig, zweischneidig und irreführend. „Unterwasserwaffen- und -kriegstechnologie“ wäre allemal ehrlicher:

1. Ein gewichtiger Teil des Programms rankt sich um U-Boot-Technologie, also um Waffensysteme, die der Zerstörung von Handels- und Kriegsschiffen, der Aufklärung, der Verminung von Häfen und Seeschiffahrtsstraßen, der Abschreckung und der Erst- und Zweitschlagsfähigkeit dienen.
2. Viele Vorträge behandeln Seeminensuche und -beseitigung. Das klingt defensiv. Aber es handelt sich bei den *Suchern* und *Zerstörern* von Seeminen um die gleichen Industrien, die die Seeminen überhaupt erst entwickeln und herstellen. Das Auslegen ist dann Sache der Marinen. Sind das nicht auch die Waffenschmieden und Marineeinheiten, die die UDT bestreiten?



Banner zum Protest

3. Ein Schwerpunktthema der UDT ist die Autonomie aktueller und zukünftiger Unterwasseraufklärung und -bewaffnung. Die Waffensysteme sollen somit künftig selbständig, ohne menschliches Einwirken, entsprechend ihren Informationen „handeln“, d. h. kriegerische Handlungen ausführen.